

# Wohnraum muss bezahlbar werden

**Sollte es zum 700.000  
EinwohnerInnen-Staat  
kommen, wird das Problem  
der Wohnungsnot noch  
massiver werden. Eine  
Bürgerinitiative will den  
politisch Verantwortlichen  
Druck machen.**

(ik) - Wohnraum in Luxemburg zu finden, ist eine teure, langwierige Geschichte. Das weiß jeder, der oder die sich schon einmal auf die Suche nach einem bezahlbaren Dach über den Kopf gemacht hat. Kaum eine Wohnung in der Hauptstadt unter 35.000 LUF, Nebenkosten müssen noch extra gerechnet werden. Die letzte offizielle Statistik zum Wohnraumproblem ist fast zehn Jahre alt. Schon damals konstatierten die Experten einen Mangel von 20.000 bis 30.000 Wohnungen. "Die Zahlen sind längst überholt", sagt Constant Kiffer. Wie viel Wohnraum aktuell fehlt, in welcher Preislage und in welchen Regionen des Landes, und inwieweit Wohnraum leer steht, kann der Regierungsberater aus dem Wohnungsministerium nicht sagen - das Ministerium verfügt über keine regelmäßig aktualisierte Datenbank. Und die Zahlen, die vom Statoc zum Beispiel zur Baulandpreisentwicklung erhoben werden, sind laut ExpertInnen ohnehin "eher zu niedrig" angesetzt. Angesichts der Preise auf dem Wohnungsmarkt sowohl für Miet- als auch für Eigentumswohnungen ist klar: Es besteht erheblicher Handlungsbedarf.

"Wir wollen die wohnungs-  
politische Debatte neu ankurbeln"  
und den "politischen Verant-  
wortlichen Druck machen", sagt

Etienne Schneider, Präsident der neuen Initiative "Biergerinitiative für bezuelfbare Wunnraum". Damit sich in puncto Wohnungspolitik endlich etwas bewegt, hat die am 9. November gegründete Interessensgemeinschaft einen wohnungs(bau)politischen Neun-Punkte-Katalog zusammengestellt. Darin fordert die Initiative unter anderem, verschiedene Prämien und Subventionen zum Bau von Eigenheimen zu erhöhen und BewerberInnen großzügigere Kriterien beim Erhalt zu gewähren. Die Subventionen sind einkommensabhängig gestaffelt. Verdient ein Haushalt jedoch mehr als 1,3 Millionen LUF ist eine Bewerbung von vornherein ausgeschlossen. "Es gibt aber immer mehr Menschen, die zwar über dieser Grenze liegen und sich trotzdem kein Eigenheim leisten können", ist Schneider überzeugt. Dazu gehörten insbesondere junge Familien, StudentInnen und Niedrigverdiener.

## Staat soll stärker eingreifen

Auch mit der bisherigen Praxis staatlicher Garantien ist die Bürgerinitiative unzufrieden. Sie verlangt, dass der Staat Bürgschaften für den Fall übernimmt, in dem keine Eltern oder Banken bürgen können beziehungsweise wollen. "Bis zu 100 Prozent" soll der Staat übernehmen, so Etienne Schneider. Zur Zeit müssen BauherrInnen von Eigenhäusern ein Viertel der gesamten Baukosten oder aber eine Bürgschaft vorweisen können, bevor sie überhaupt einen Spatenstich machen dürfen.

Staatliche Garantien sollen sich aber nach Vorstellung der Bürgerinitiative nicht nur auf zu-

künftige EigenheimbesitzerInnen beschränken. Auch Mietkautionen soll der Staat bei finanzschwachen MietanwärterInnen vorschießen. Eine andere Idee, um Haushalten mit geringerem Einkommen unter die Arme zu greifen, ist der so genannte Mietkauf. Der sieht vor, dass Gemeindefür den Wohnraum zur Verfügung stellen, den die BewohnerInnen nach einer gewissen Frist übernehmen könnten. Sie würden gewissermaßen über den Mietpreis Eigentum erwerben.

Eine Änderung speziell für MieterInnen könnte schon bald eintreten: Eine interne Arbeitsgruppe des Wohnungsministeriums diskutiert und prüft zurzeit verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten eines "Mietzuschusses".

Den StreiterInnen für bezahlbaren Wohnraum, die übrigens überwiegend aus dem sozialdemokratischen Spektrum kommen, ist das bisherige Tempo der Regierung in dieser Frage allerdings zu langsam. "Angesichts der Diskussion um 700.000 Einwohner läuft uns die Zeit davon", so Schneider. Die Bürgerinitiative hat ihre neun Forderungen deshalb in Petitionsform gegossen ([www.bi-wunnen.lu](http://www.bi-wunnen.lu)). Unterschriften werden voraussichtlich bis Januar nächsten Jahres gesammelt. Dann soll im Parlament eine große Debatte zum Thema Wohnungsbau stattfinden. Davor allerdings wollen die Mitglieder beim Wohnungsbauminister Fernand Boden vorsprechen.

## Westtangente - eine Totgeburt

Gerade hat Bauenministerin Erna Hennicot-Schoepges feierlich die Eröffnung der Nordstraße begangen und angekündigt, sich als nächstes voll dem Bau der Westtangente zu widmen, da regt sich auch schon - bekannter - Protest. Die Bürgerinitiativen von Mamer und Kehlen kritisieren in einer Pressemitteilung die gegenwärtige Verkehrspolitik der Regierung. Anders als von der Bauenministerin behauptet, stelle die Nordstraße mitnichten "eine Verbindung des Nordens mit der Hauptstadt" dar. Laut Initiativen genüge bereits ein "kurzer Blick auf die Karte", um zu erkennen, dass es sich bei besagter Straße um eine "Europastraße" handle. Diese reicht von Mersch aus "in direkter Linie" über Ettelbrück, Hosingen etc. und findet schließlich Anschluss an das Autobahnnetz des Großraums Liège-Maastricht-Aachen-Köln. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf den stetig wachsenden Schwerverkehr glauben die Initiativen nicht daran, dass die Nordstraße das bestehende Verkehrsproblem wird lösen können. Und auch die geplante Westtangente, der als einer Nordwest-"Umgehungsstraße" eine besondere Bedeutung zukommt, wird den wachsenden Strom von Auto- und LKW-FahrerInnen nicht bewältigen können. Wegen der von vornherein "falsch geplanten Straßenpolitik" sei die Westtangente schon jetzt "eine Totgeburt".

## Hebammen: Schweregeburt

Seit 1995 besteht mit der Reform des Gesetzes über die medizinische Begleitung von Schwangerschaft und Geburt endlich die Möglichkeit, dass werdende Mütter die Kosten der Konsultationen von Hebammen von der Krankenkasse zurückerstattet bekommen. Allerdings nur theoretisch, denn die im Gesetz vorgesehenen Ausführungsbestimmungen fehlen weiterhin. Und dies, obwohl schon drei aufeinander folgende Gesundheitsminister ihre Handlungsbereitschaft in dieser Materie bekundeten. Die Motion der Grünen, die der Regierung ans Herz legte, den Worten schnellstens Taten folgen zu lassen, wurde am Mittwoch zwar einstimmig vom Parlament abgesegnet. Allerdings wies Gesundheitsminister Wagner (DP) darauf hin, dass "schnellstens" relativ zu verstehen ist. Seine Experten haben nämlich nach sechs Jahren herausgefunden, dass das bisherige Gesetz einer Überarbeitung bedarf. Grund hierfür: Die Formulierung sei juristisch noch nicht hieb- und stichfest. Damit wird die wichtige Arbeit der Hebammen also voraussichtlich noch weitere Jahre aus dem Geldbeutel der werdenden Mütter finanziert werden.

## Régularisation en question

La "Plate-forme pour la régularisation" (ASTI, Caritas, CLAE, OGB-L, Sesopi) s'inquiète du fait qu'apparemment, "les autorités compétentes préfèrent procéder à des évaluations unilatérales, qui tendent à imputer aux candidats à la régularisation eux-mêmes l'essentiel des retards de leur régularisation". C'est surtout l'exigence de passeports en cours de validité qui est critiquée à nouveau. "... la réalité est que les autorités yougoslaves en particulier ne délivrent ces passeports qu'au compte-gouttes, qu'elles ne les délivrent que de manière délibérément sélective (ainsi, aucun Albanais du Kosovo ne semble encore avoir pu se faire délivrer un nouveau passeport) et que certaines personnes se sont même vues refuser la délivrance d'un simple récépissé de demande de passeport!" La Plate-forme rappelle également que de nombreuses archives ont été détruits en ex-Yougoslavie. De plus, les passeports délivrés resteraient bloqués pendant des semaines auprès de la police de l'aéroport de Luxembourg en vue d'en vérifier l'authenticité. La Plate-forme veut donc se réunir avec les autorités compétentes afin d'accélérer, "moyennant les décisions requises, un processus de régularisation qui, autrement, risque de s'enliser irrémédiablement ...".

## COOPERATION

# Objectif atteint?

**Le budget de l'aide au développement luxembourgeoise s'accroît - les concepts politiques pour le distribuer ne tiennent pas toujours le rythme. Les constats du débat parlementaire sur la coopération.**

(ergué) - Heurêka, nous avons atteint les 0,7 pour cent! En menant une politique d'augmentation constante de la part de l'aide au développement dans le revenu national brut, le Gouvernement a pu atteindre pour l'année 2000 un but que le Luxembourg s'était posé il y a presque 35 ans, de concert avec les autres pays membres de l'OCDE.

Le fait de disposer d'un budget de plus en plus substantiel n'a pas seulement changé la donne de la coopération luxembourgeoise en termes quantitatifs. Ces dernières années, des développements structurels importants ont eu lieu. Après le bureau d'assistance technique, qui conseille les ONG dans la constitution de demandes de cofinancement de projets, l'année 2000 a vu la création d'un Service d'appui à l'éducation au développement, qui doit être un outil pédagogique pour les écoles. Les ONG peuvent également, depuis un certain temps, recourir à des offres de formation en gestion de projets.

Là où les développements semblent se faire à un rythme plus lent, c'est dans la réflexion sur la ligne politique de la coopération. L'exemple le plus frappant, la question des pays-cible, a été évoquée à plusieurs reprises lors du débat sur la coopération, mardi au parlement. Lydie Err (LSAP), forte de son expérience en tant qu'ancienne secrétaire d'Etat, a soulevé le problème de la distorsion entre le volume global alloué aux pays-cible et celui, plus grand, des autres pays à projets.

Et sa collègue Renée Wagener (Déi Gréng) a servi l'exemple de l'île Maurice, qui avait été évincée du club des pays-cible, il y a quelques années ... - pour continuer à recevoir plus d'argent qu'un pays-cible comme le Laos.

## Inconséquence

Un autre sujet qui avait fait couler beaucoup d'encre avant le débat, les critiques de la Cour des comptes vis-à-vis des relations financières entre ministère et ONG, démontre également la nécessité d'adaptations structurelles: la législation ne correspond pas à la pratique journalière des flux financiers et surtout du contrôle des dépenses. Si la mode des audits s'est déjà installée dans le monde de la coopération, la Cour réclame des évaluations plus "systématiques". A la Chambre, tout le monde était d'accord pour dire qu'il n'y a pas de différend politique dans cette question et qu'il

s'agit simplement de réformer la loi sur certains points d'ordre technique.

A l'heure du vote des motions par contre, le consensus n'a plus été aussi large. Si les cinq motions de Lydie Err (dont une pour l'introduction d'un statut pour les coopérants, une autre pour une évaluation de la politique des pays-cible) sont passées à l'unanimité, les motions de "Déi Gréng" ont subi un sort plus triste. Le ministre et sa majorité ont eu du mal à comprendre le sens d'une campagne de sensibilisation pour le public luxembourgeois, lui expliquant la nécessité d'augmenter constamment l'aide au développement - et ceci bien qu'une motion identique eût déjà été introduite, et votée à l'unanimité, à deux reprises, en 1997 et en 1999. Vote négatif également pour la deuxième proposition des Verts, celle de créer, à l'instar de pays comme les Pays-Bas, un observatoire de la coopération. Cette motion avait été rejetée en 1999, mais le groupe libéral l'avait alors soutenue. Mardi, suite à l'avis négatif de M. Goerens, elle succomba à la guillotine du vote. Cela n'empêchera pas qu'un accompagnement critique de la politique d'aide au développement devienne de plus en plus important - surtout dans la perspective d'un budget dont on annonce qu'il va encore s'accroître pour atteindre un pour cent du RNB en 2005.

